

FÜR EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE DER GEGENMACHT - FÜR GLOBALE REGELN UND KOOPERATION

Fraktionsvorstandsbeschluss vom 19. Januar 2026

ZUSAMMENFASSUNG

Das Völkerrecht, die jahrzehntelang stabile internationale Ordnung und der Multilateralismus sind massiven Attacken ausgesetzt. Statt auf Kooperation und Zusammenarbeit zu setzen, verschieben verschiedene Akteure aktuell die Grundpfeiler dieser Welt. Gemeinsame Regeln werden gebrochen, die Willkür der Skrupellosen wird zum dominierenden Prinzip.

Putin zeigt mit seinem Angriffskrieg auf die Ukraine der Welt, wie er die europäische Friedensordnung brutal durch seine imperialistische Ideologie ersetzen will. Die Volksrepublik China verfolgt eine langfristige, gegen Demokratien und Menschenrechte gerichtete Strategie der wirtschaftlichen Macht, um die Weltordnung nach ihren Interessen umzugestalten und zu dominieren.

In seiner zweiten Amtszeit hat der aktuelle US-Präsident Donald Trump mit großer Entschlossenheit den Abbau internationaler Verpflichtungen vorangetrieben. Dazu gehört der Austritt der USA aus internationalen Organisationen und Abkommen. Mit dem Angriff auf Venezuela und offenen Drohungen gegenüber anderen Staaten hat Trump auch die Grundlagen des Völkerrechts, das auf der Achtung der Souveränität der Staaten beruht, fundamental in Frage gestellt. Trump hat es vor wenigen Tagen auch schamlos angekündigt: Er brauche kein internationales Recht – das Einzige, was ihn leite, sei er selbst.

Die EU ist in dieser Zeit die globale Macht, die das Interesse an Regeln und Zusammenarbeit am besten verteidigen kann. Gerade jetzt käme der EU die Aufgabe zu, ein Bündnis all derjenigen Länder auf der Welt zu schaffen, die um eine an Regeln, Werten und Vertrauen orientierte Weltordnung kämpfen wollen, in der faire Zusammenarbeit zum Wohle aller das herrschende Prinzip ist. Denn in einer Welt, die durch Machtpolitik bestimmt wird, ist die Bildung von Gegenmacht die pragmatische Antwort. Ein Bündnis all derjenigen Staaten, die weiterhin auf globale Regeln und Kooperation setzen wollen, könnte dies leisten.

Wir sind überzeugt: Multilateralismus ist in dieser Zeit kein „nice to have“, sondern essenzielle Überlebensstrategie für unser aller Sicherheit. Damit stehen wir nicht allein. Viele Länder auf der Welt sehen das auch so, denn auch ihre Souveränität und Sicherheit sind bedroht. Die EU müsste all diesen Ländern ein Angebot machen: Faire Regeln, Vertrauen und wirtschaftliche Vorteile im Tausch gegen gemeinsame Unterstützung.

Doch die EU ist aktuell nicht in der Lage und leider auch nicht willens, so zu handeln und ihre Macht zu nutzen. Zu oft hat die EU auf Aggressionen und Druck mit Zurückweichen, interner Uneinigkeit oder Handlungsunfähigkeit reagiert. Zu oft wirkt die EU so, als stünde sie ohnmächtig am Rand, während andere die Spielregeln definieren.



Die Verantwortung dafür trägt auch die deutsche Bundesregierung. Sie hat es versäumt, europäische Handlungsfähigkeit entschlossen voranzutreiben, und hat nationale Interessen zu häufig über gemeinsame europäische Strategien gestellt.

Damit die EU in der Lage ist, die notwendige Rolle in der Welt einzunehmen, muss sie ihre eigene Unabhängigkeit stärken. Die EU ist von den USA in Fragen der Digitalisierung, Verteidigung oder nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit hochgradig abhängig. Das muss schrittweise durch eigene Fähigkeiten verringert werden. Die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschaft müssen ihre Lieferketten diversifizieren, insbesondere die starke Abhängigkeit vom chinesischen Markt ist sicherheitspolitisch ein Problem. In Fragen der Energiepolitik ist das Ende der Nutzung fossiler Energien und der weitere Ausbau der Erneuerbaren die notwendige sicherheitspolitische Reaktion. Deshalb müssen alle fossilen Abhängigkeiten überprüft sowie kurzfristig Importe aus Russland gestoppt und die LNG-Importe aus den USA reduziert werden.

Dort, wo nicht alle Länder der EU bereit sind, diesen Weg mitzugehen, sollte auch hier eine Allianz derjenigen gebildet werden, die bereit sind zu handeln.

Denn in der Verteidigung der internationalen Ordnung braucht es jetzt vor allen Dingen zwei Dinge: Entschlossenheit und Pragmatismus. Es ist Zeit zu handeln!

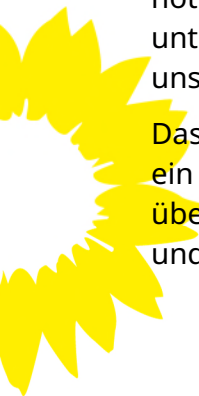
ANALYSE

Wir erleben einen Epochenbruch: Das Völkerrecht, die regelbasierte internationale Ordnung und der Multilateralismus insgesamt sind massiven Attacken ausgesetzt – permanent und von mehreren Seiten. Wir spüren alle: alte Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten gelten so nicht mehr fort.

Russland, China, aber verstärkt auch die USA unter Donald Trump brechen immer skrupelloser internationale Regeln, um den eigenen Vorteil gegen die Rechte und Interessen anderer Staaten durchzusetzen. Sie schrecken dabei auch nicht davor zurück, Bully-Methoden und militärische Gewalt zu gebrauchen. Diese Logik führt dazu, dass unsere Welt insgesamt gefährlicher und unberechenbarer wird. Die Folgen des US-Angriffs auf Venezuela reichen weit über den amerikanischen Kontinent hinaus.

Angesichts solch klarer Völkerrechtsbrüche muss die Bundesregierung, muss Europa, eine klare Haltung einnehmen. Denn ohne Widerspruch werden die Diktatoren weltweit diesen Regelbruch als Freibrief nutzen. Aber empörte Verurteilungen reichen nicht aus. Wir müssen unsere Interessen und Werte mit eigener Stärke und Resilienz schützen. Dazu braucht es die notwendigen Fähigkeiten und Machtmittel. Und ebenso Entschlossenheit und den Willen, sie unter Umständen auch einzusetzen. Das gilt insbesondere bei Drohgebärden gegenüber unserem wichtigen Alliierten Dänemark und den Menschen in Grönland.

Dass Bundeskanzler Merz sich stattdessen für ein mutloses Abtauchen entschieden hat, ist ein großer Fehler. Trump und seine Regierung werden dies genau registriert haben. Wir sind überzeugt: Wer die internationalen Regeln nicht verteidigt, trägt dazu bei, dass diese Regeln und auch europäischen Interessen nicht ernstgenommen werden.





Der Erhalt einer regelbasierten Weltordnung ist für Europa nicht nur ein zentrales Interesse, um Sicherheit und Wohlstand unserer Bürger*innen zu schützen. Für die Lösung von globalen Krisen und Herausforderungen ist sie eine wichtige Grundvoraussetzung. Ihre Werte sind aber auch Grundlage der Identität Europas, weil diese Ordnung eine der zentralen Lehren aus den beiden blutigen Weltkriegen auf unserem Kontinent ist. Recht und Zusammenarbeit statt Gewalt und Unterwerfung.

Zugleich beruht die Idee einer solchen Ordnung auch auf dem Anspruch, bei Leid und Gewalt in anderen Teilen der Welt nicht einfach nur unbeteiligt zuzuschauen, sondern sie im Rahmen unserer Möglichkeiten einzudämmen. So wird nicht allein die Sicherheit von Staaten, sondern auch die menschliche Sicherheit geschützt. Dafür braucht es die regelbasierte internationale Ordnung und die Vereinten Nationen, deren Arbeit unterstützt werden muss und nicht geschwächt werden darf.

In den **USA** lassen sich seit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump eine weitreichende Infragestellung, gar ein Abbau bis hin zu systematischen Angriffen auf demokratische und rechtsstaatliche Institutionen beobachten. Nachdem die USA direkt nach dem Beginn der zweiten Amtszeit Trumps erneut aus dem Pariser Klimaabkommen und der WHO ausgetreten waren und USAID zerschlagen haben, sind sie nun aus 66 weiteren internationalen Organisationen und Abkommen ausgetreten.

Auch die Sanktionen der USA gegen den Internationalen Strafgerichtshof sind ein weiterer Beleg für die Konsequenz, mit der die USA ihre machtpolitischen Interessen gegen eine regelbasierte Ordnung durchsetzen.

In der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie des Weißen Hauses heißt es unmissverständlich, dass die amerikanische Außenpolitik nun allein davon geleitet ist, „was für Amerika funktioniert – oder, in zwei Worten, „America First“.

Dies schließt auch die Aufteilung der Welt in regionale Einflussgebiete ein. Der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf Venezuela ist nicht das einzige Beispiel dieses Denkens. Auch Kanada, Grönland, Kolumbien, Panama, Kuba, Nicaragua und Mexiko haben von den USA unterschiedlich konkrete Drohungen gegen ihre staatliche Souveränität erhalten.

Die Drohungen gegen die NATO-Partner Kanada und Dänemark (Grönland) stellen eine Gefahr für das Fundament des gesamten Bündnisses und seinen Fortbestand dar. Mit seiner Zollpolitik versucht Donald Trump zudem, Europa zu spalten und uns zu schaden. Seine Regierung lässt immer weniger Zweifel an einer Verachtung für das liberale Europa und stärkt stattdessen die nationalistischen Feinde der Europäischen Idee.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und ein freies Europa ist die größte Bedrohung auf unserem Kontinent seit 1945 und geht bald in das fünfte Jahr. Er stellt eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts dar und bedeutet eine massive Gefahr für die europäische Friedensordnung. Russland begeht täglich brutale Kriegsverbrechen, Vladimir Putin befiehlt Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten, Krankenhäuser und Kindergärten, Folter, Deportationen und versucht gezielt, die Ukrainer*innen und die ukrainische Kultur zu vernichten. Wir verurteilen diese schwersten Verbrechen auf das Allerschärfste. Wenn die russische Führung mit diesem verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht gestoppt wird, wird Putin seine formulierten imperialen Ziele auch auf andere Länder





ausdehnen. Gleichzeitig werden die europäischen Staaten und insbesondere Deutschland seit vielen Jahren mit gezielten Attacken gegen unsere Infrastruktur, unseren Zusammenhalt und unsere Sicherheit angegriffen und auch direkt bedroht.

Die **Volksrepublik China** beansprucht eine Vormachtstellung in der Gestaltung einer neuen Weltordnung und setzt dabei auf den strategischen Ausbau von Einfluss in allen Teilen der Welt und in den internationalen Institutionen. Ebenso sind aber Machtdemonstrationen und der Ausbau von bilateralen und regionalen Partnerschaften ein zentrales Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Darunter fallen auch die Beziehungen zu Russland, die sich seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine weiter intensiviert haben. Anders als die USA nutzt die Volksrepublik China bestimmte internationale Organisationen und Teile des Völkerrechts gezielt wirtschaftlich wie geopolitisch zum eigenen strategischen Vorteil und missachtet das internationale Recht selektiv nach eigenem Ermessen. Aktuell wird Peking zudem Nutznießer des Vakuums, das die Abkehr der USA vom multilateralen Institutionsgefüge schafft. Klar ist: Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von der Volksrepublik China müssen verringert werden.

Insgesamt nehmen Abschottung und Protektionismus zu, die Logik der Konfrontation und die immer geringere Bindung der bisherigen Regeln haben sich zuerst im Bereich der Sicherheitspolitik vollzogen. Diese Dynamik wurde auch immer wirkmächtiger in ökonomischen Fragen. Wirtschaftliche Macht und politische Einflussnahme verschmelzen zunehmend. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden autoritären Interessen geopfert. Insbesondere internationale Organisationen und die internationale Gerichtsbarkeit stehen dabei im Visier, abgebaut oder ganz zerstört zu werden. Langfristige Partnerschaften werden durch wechselhafte Allianzen ersetzt. Vertrauen, eine der wichtigsten Ressourcen der internationalen Politik, wird so regelrecht verbrannt. Dieses Vertrauen wieder aufzubauen, wird ein langwieriger und mühsamer Prozess.

Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Überwachungstechnologien haben massive Auswirkungen auf jeden Bereich unseres Alltages und stellen staatliche Souveränität in gleich mehrfacher Hinsicht auf die Probe. Sie schaffen neue Möglichkeiten, bergen aber auch viele Risiken. Sie werden gezielt zur Diskreditierung etwa multilateraler Institutionen oder auch für Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur eingesetzt. Fragen zu Geopolitik, Krieg und Präsenz im Weltraum sind mit neuer Wucht zurück, aber ganz anders als zur Zeit des Kalten Krieges, in neuen Gewändern und mit neuen Herausforderungen.

Gleichzeitig verschärfen sich eine Reihe von Krisen, die international koordinierte Zusammenarbeit und neue Partnerschaften notwendig machen, jeweils für sich und auch gegenseitig. Die Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und des gesamten Systems der Vereinten Nationen gefährden die dringend notwendige Kooperation.

Wir sind überzeugt:

Die Konkurrenz um Rohstoffe hat seit jeher Konflikte verursacht oder verschärft: fossile Energien, Öl und Gas sind immer wieder im Zentrum kriegerischer und völkerrechtswidriger





Aggressionen. Der nun eskalierende Kampf um Ressourcen befeuert die Missachtung des Völkerrechts, die Erosion der internationalen Institutionen und Abkommen. Er bereitet auch dem Vormarsch des Nationalismus den Boden.

Unabhängigkeit von fossiler Energie ist deshalb auch Sicherheitspolitik und erneuerbare Energien sind nicht nur Freiheitsenergien, sondern auch Friedensenergien, denn davon ist genug für alle da. Gleichmaßen wächst die Notwendigkeit, Wirtschaftssicherheit als Teil der nationalen und internationalen Sicherheit zu begreifen und Wirtschaft nicht länger als isoliertes Element, sondern im Kontext von strategischer Autonomie und Resilienz zu sehen. Europa kann Spitzentechnologie produzieren, Rohstoffe durch Kreislaufwirtschaft in Europa halten und den Binnenmarkt zum zentralen Absatzmarkt für unsere Produkte weiter ausbauen. Nur so schaffen wir innere Stärke und damit Handlungsfähigkeit in einer Welt, die wir nicht dem Diktat autoritärer Kräfte überlassen dürfen.

Weder die deutsche Bundesregierung noch die Europäische Union haben auf die fortschreitende Erosion und tiefe Krise des Multilateralismus und eine sich dramatisch verändernde Weltordnung bislang angemessene Antworten gefunden. Damit nicht das Recht des Skrupelloseren gewinnt, sondern sich die Stärke des Rechtes gegen all diese Attacken behaupten kann.

Union und SPD haben sich jahrzehntelang in Abhängigkeit von russischem Öl und Gas einerseits und digitalen Produkten außereuropäischer Unternehmen andererseits begeben sowie gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeiten gegenüber China geschaffen. Mit der AfD sitzen Handlanger des Kremls, Pekings und auch des Weißen Hauses direkt im Deutschen Bundestag. Mit ihrer Verharmlosung, Anbiederung und Zusammenarbeit mit Putin, China und der Trump-Administration und ihrer antieuropäischen Ausrichtung stehen sie für *mehr* Abhängigkeit und *weniger* Sicherheit Deutschlands. Und die LINKE klammert sich weiterhin an den Glauben an die Bereitschaft Putins zum Frieden, allen Erfahrungen der Vergangenheit zum Trotz, blickt völlig naiv auf die Rolle Chinas und hat keine Antworten auf die Umbrüche in der Welt.

Statt Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu schaffen, haben Bundeskanzler Merz und seine Regierung bislang wenig Fingerspitzengefühl für die Interessen der EU-Partner bewiesen. Zwischen seinen Reden über ein handlungsfähiges Europa und seinen Taten klafft eine gewaltige Lücke, das zeigt sich an etlichen Beispielen von den unabgestimmten Grenzkontrollen über das Nein zu einem höheren EU-Haushalt in historischen Zeiten bis hin zur Verhinderung einer europäischen Digitalsteuer. Und Friedrich Merz sieht zu, wie seine konservative Fraktion im Europäischen Parlament immer schamloser mit Rechtsaußen-Fraktionen zusammenarbeitet.

FORDERUNGEN:

Die **Europäische Union** ist einer der letzten größeren globalen Player, der international für eine regelbasierte Ordnung und die Werte der liberalen Demokratie einsteht. Für uns steht fest: Deutschlands Antwort auf die massiven globalen Verschiebungen muss konsequent europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedsstaat muss die Bundesregierung dabei eine





Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen. Sätze in Richtung der Trump-Administration wie „Wenn ihr mit Europa nichts anfangen könnt, dann macht wenigstens Deutschland zu eurem Partner“ oder das Drängen auf einen schnellen Zolldeal waren Gift für ein Europa, das geschlossen handelt und ernst genommen wird.

Deutschland als Mitgliedstaat der EU und die Europäische Union können in vielen Bereichen, Druck entfalten, wenn es notwendig ist. Unser Grundprinzip bleibt der Wille zur fairen und regelbasierten Kooperation. Denn wir sind überzeugt, dass globale Herausforderungen, menschliche Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen die Klimakrise sich nur über internationale Kooperation bewältigen lassen. Von Kooperation profitieren alle, von Dominanz nur wenige. Das verlangt eine Strategie der Gegenmachtbildung gegen Akteure, die Regeln brechen und der Kooperation den Rücken kehren.

Über eigene Stärke, Resilienz und mehr Unabhängigkeit und klare Kommunikation müssen wir eine europäische Abschreckungsfähigkeit aufbauen, die andere davon abhält, uns zu schaden. Wo unsere Interessen und Werte offensiv angegriffen werden, sind auch wir bereit, mit Konfrontation und Vergeltung zu reagieren. Jedes Handeln birgt immer auch Risiken, die immer sorgfältig abgewogen werden müssen, aber in der aktuellen Situation kann das Nichtreagieren noch viel gefährlicher sein. Sich diese Machtoption der „Druckmittel“ bewusst zu machen und sie unter Bedingungen einzusetzen, ist auch im Eigeninteresse der Nationalstaaten innerhalb der EU. Doch statt diese Stärke gezielt zu nutzen, erleben wir Kleinstaaterei und Partikularinteressen unter den EU-Mitgliedstaaten. Statt sich davon ausbremsen zu lassen, müssen schnellere und pragmatische Wege geschaffen werden, etwa durch die Zusammenarbeit gleichgesinnter Staaten innerhalb der EU. Zudem braucht es Allianzen mit Partnern über die EU hinaus in Teilbereichen wie Rüstungs Kooperation sowie Energie-, Digital- und Rohstoffsicherheit und durch wirtschaftlichen Beistand. Nur durch ein strategischeres Handeln und einen neuen Pragmatismus kann Europa seine Rolle als starker globaler Akteur sichern.

Antworten auf diesen tiefgreifenden Wandel in der internationalen Ordnung, dem Multilateralismus und dem Völkerrecht zu finden, bleibt fortdauernde Aufgabe.

Einige Antworten zeichnen sich aber bereits ab:

(1) Völkerrechtsbrüche Verurteilen

So klar es ist, dass sich Multilateralismus, Völkerrecht und die regelbasierte internationale Ordnung nicht durch mantrahafte Berufung auf diese retten lassen, so klar ist auch, dass eine stillschweigende Duldung der Aushöhlung dieser Werte fatale Auswirkungen hat. Hinter der vermeintlichen Komplexität des Völkerrechts sollte sich ein deutscher Bundeskanzler nicht verschanzen, insbesondere wenn sie in einem Fall gar nicht vorliegt.

Völkergewohnheitsrecht entsteht auch durch Staatenpraxis, es ist daher nicht Lippenbekenntnis, sondern rechtliche Notwendigkeit, Völkerrechtsbrüche immer wieder klar als solche zu benennen. Dabei geht es auch um die eigene Glaubwürdigkeit und die Grundlage zum Schutz dieser Regeln.





(2) Neue Strategien vorlegen und Schnell Umsetzen

Es braucht eine Strategie der Gegenmachtbildung. Die Bundesregierung muss all ihre handlungsleitenden Strategien und strategischen Grundsätze der neuen Wirklichkeit anpassen. Das heißt, sie muss neue umfassende, europäisch abgestimmte Strategien, wie beispielsweise eine Transatlantikstrategie, vorlegen. Diese sollte die veränderte politische Lage in den USA berücksichtigen und Maßnahmen festlegen, die die europäische Resilienz und Unabhängigkeit stärken. Dabei darf es nicht allein bei klugen Worten auf Papier bleiben. Handlungsfähigkeit, Resilienz und eigene Stärke entstehen nur, wenn die abgeleiteten Maßnahmen schnell und pragmatisch umgesetzt werden und sich unser Mindset weg von langsamen Abwarten und Zuschauen, zu einem proaktiven und risikoaffinen Agieren entwickelt. Auf EU-Ebene braucht es zudem endlich eine neue Arktisstrategie und eine Anpassung der Sicherheitsstrategie.

(3) „Allianz der Gegenmacht“ zur Verteidigung der regelbasierten Ordnung

- Aus Sorge, die Vereinten Nationen oder andere internationale Organisationen zu schwächen, waren wir gegenüber neuen, eigenständigen Zusammenschlüssen bislang eher zurückhaltend. In der gegenwärtigen dramatischen Situation bedarf es jedoch einer „Allianz der Gegenmacht“ zur Verteidigung der regelbasierten Ordnung. Nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Institutionen, sondern zu ihrem Schutz und zur Wahrung gemeinsamer Werte und Interessen.

Die Europäische Union sollte die Initiative für eine solche Allianz der Gegenmacht ergreifen und gezielt Staaten einladen, die ebenfalls ein Interesse am Erhalt von Multilateralismus, der Geltung des Völkerrechts und einer regelbasierten Weltordnung haben. Deutschland sollte diesen Prozess aktiv unterstützen und politisch vorantreiben.

Startschuss könnte eine Auftaktkonferenz in Berlin sein. Neben den Mitgliedern der EU, können das Vereinigte Königreich, Norwegen, die Schweiz, die Mitglieder des Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP), darunter Japan, Australien, Neuseeland und Singapur sowie Indien Verbündete sein, aber auch Partner wie Südkorea, Südafrika, Brasilien und andere Staaten des sogenannten globalen Südens sein.

Diese Allianz muss pragmatisch organisiert sein, für große institutionelle Prozesse bleibt gerade keine Zeit. Gleichzeitig muss sie auf Vertrauen und einer grundsätzlichen Verbindlichkeit beruhen.

Dazu gehört die Bereitschaft, auch unter eigenen Kosten und Risiken füreinander einzustehen, etwa wenn ein Mitglied erpresst oder gar angegriffen wird. Konkret heißt das zum Beispiel: Wird ein Partner unter Druck gesetzt, sichern sich die Mitglieder gegenseitig handelspolitischen Beistand zu, etwa durch gemeinsame Zölle oder Gegenmaßnahmen. Nur so verhindert ein solches Bündnis, dass es sich nicht wie die „Allianz für Multilateralismus“, die Heiko Maas im Jahr 2019 mit seinem französischen Amtskollegen gegründet hat, als machtlos erweist.





Handelspolitik neu ausrichten – Partnerschaften gezielt stärken

- Deutschland und Europa müssen ihre internationalen Partnerschaften vertiefen, diversifizieren und besonders mit dem Globalen Süden eine gleichberechtigte Zusammenarbeit suchen.

Dafür sollte die EU ein neues plurilaterales Handelsabkommen initiieren, welches faire Handelsbeziehungen mit hohen Standards zum gegenseitigen Vorteil ermöglicht. Das Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit (ACCTS) zeigt, dass gerechte und ökologische Handelsregeln möglich sind. Die EU sollte sich anschließen und weitere Partner einladen. Auch sektorale Handelsabkommen, die schneller zu verhandeln sind, können das Netzwerk der like-minded stärken.

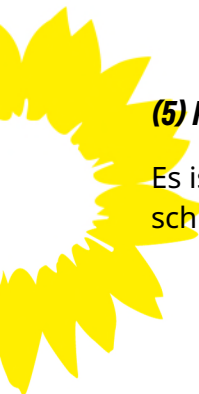
- Es ist doppelt fahrlässig in diesen Zeiten die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Globale Gesundheit, internationalen Klima- und Biodiversitätsschutz sowie Programme zur Stärkung von Grund- und Menschenrechten und die Beiträge für zentrale VN-Organisationen zu kürzen. Nicht nur, weil dadurch Möglichkeiten genommen werden, Leid zu lindern und Krisen zu entschärfen, sondern auch, weil Deutschland dadurch an Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Einfluss verliert. Nichts ist so wichtig in diesen unsicheren Zeiten wie loyaler Partner für andere gleichgesinnte Staaten zu sein, die Unterstützung brauchen. Nur so kann man sich auf die Hilfe anderer verlassen, wenn man selbst einer Gefahr ausgesetzt ist oder von anderen Staaten erpresst wird.

(4) Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit

Die EU muss ihre Entscheidungsblockaden überwinden und insbesondere im Rahmen des EU-Erweiterungsprozesses und zuvörderst im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik – also etwa bei EU-Sanktionen – zu Mehrheitsentscheidungen übergehen. Für ein schnelleres Vorgehen sind Kooperationen wie die „Verstärkte Zusammenarbeit“ und ein Zusammenschluss gleichgesinnter Staaten immer relevanter. Die EU kann und muss zudem selbstbewusster auftreten und bestehende europäische Machtressourcen – etwa im Bereich Handel, Regulierung und Technologie – strategischer und kohärenter einsetzen. Eine deutliche wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stärkung der EU ist unverzichtbar für die Souveränität Europas – nur so kann die EU ihre Werte wirksam verteidigen und als gestaltende Kraft für eine regelbasierte internationale Ordnung bestehen. Die Bundesregierung muss endlich die Stärkung des EU-Binnenmarkts vorantreiben und darf sich in diesen Zeiten nicht länger gegen einen höheren EU-Haushalt für mehr Investitionen in Technologie, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit stellen.

(5) Resilienz, Abwehrbereitschaft und Europas militärische Kapazitäten ausbauen

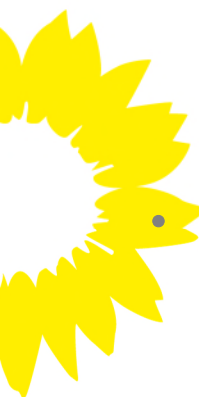
Es ist von höchster Priorität, die europäische Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur schnell weiterzuentwickeln, also den europäischen Pfeiler der Nato zu stärken und eine





europäische verteidigungs- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit auf- und auszubauen, perspektivisch mit dem Ziel einer Europäischen Verteidigungsunion.

- Dazu müssen die europäische Verteidigungsindustrie konsolidiert und pragmatisch organisierte gemeinsame Beschaffungen unter Zurückstellung nationaler Egoismen priorisiert werden. Dabei sind schnelle Innovationsfähigkeit und die Sicherheit von Lieferketten zu gewährleisten. Die Einbindung wichtiger Partner der EU, wie insbesondere des Vereinigten Königreichs, muss besser gelingen als bisher, hier ist auch mehr Einsatz der Bundesregierung gefragt. Die Möglichkeiten, die sich aus der Bereichsausnahme ergeben, müssen dem Grundsatz folgen, zuerst die europäischen Fähigkeitslücken zu schließen und große Investitionen im Bereich der Strategic Enabler sicherzustellen, bei denen wir maßgeblich von den USA abhängig sind, wie etwa weltraumgestützten Fähigkeiten u. a. bei Kommunikation und Navigation, Aufklärung oder Luftbetankung. Von besonderer Bedeutung sind dabei auch die Bereiche Luftverteidigung, elektronischer Kampf und bodengebundene Abstandswaffen. Für die europäische Verteidigung ist eine starke und bestens ausgestattete Bundeswehr unverzichtbar.
- Das Nachrichtendienstrecht muss, wie andere Sicherheitsgesetze auch, entlang der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts modernisiert werden, um die Wehrhaftigkeit unserer Gesellschaft in Bedrohungssituationen zu erhöhen und eigene Handlungsoptionen auszubauen.
- Auch die Zusammenarbeit der europäischen Nachrichtendienste muss mit Hochdruck vorangetrieben werden, etwa durch die Errichtung einer Europäischen Nachrichtendienstagentur und den Zusammenschluss befreundeter Dienste („Euro Eyes“) nach Vorbild der „Five Eyes“.
- Die deutsche Politik sollte sich stärker an den nordischen und baltischen Staaten orientieren. Unsere Partner an der NATO-Ostflanke haben durch die direkte Bedrohung, aber auch durch ihre Geschichte immer schon einen realistischeren Blick gehabt als frühere Bundesregierungen, die meinten, Nord Stream II sei eine privatwirtschaftliche Frage. Ihre Haltung ist gekennzeichnet durch einen glasklaren Blick auf die Bedrohungslage, der in konkretes Handeln umgesetzt wird: Von bestens ausgestattetem Bevölkerungsschutz, einer hohen Resilienz in der Gesellschaft bis hin zu großer militärischer Abwehrbereitschaft. Auch unsere gemeinsamen Rüstungsk Kooperationen und Militärübungen sind beispielgebend für eine exzellente europäische sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Zugleich geht diese Haltung der Klarheit und Stärke nicht mit Aggression einher, sondern beruht auf großer Solidarität untereinander und einer voll auf Kooperation und Vermittlung ausgerichtete Diplomatie. Auch von den klugen Konzepten im Bereich Bevölkerungsschutz und bei der Bekämpfung von Desinformation können wir von unseren nordischen und baltischen Staaten viel lernen. Deutschland sollte noch viel intensiver mit den NB8 zusammenarbeiten und als Mitglied der E3 auch die Brücken in Europa bauen und verhindern, dass sich europäische Perspektiven auseinanderentwickeln.
- Eine ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung gegen Desinformation, auch mit regulativen Maßnahmen, ist überfällig. Dazu gehören u.a. eine entschiedene





Umsetzung des Gesetzes über Digitale Dienste und eine starke Ausstattung des Digital Services Coordinators, mehr Unterstützung für unabhängige Meldestellen sowie eine Stärkung der Medien-, Demokratie- und Nachrichtenkompetenzen. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen unterstützt werden, genauso vertrauenswürdige, unabhängige Medienangebote, auch im Lokaljournalismus.

- Der Kampf gegen Desinformation und weiter zunehmende hybride Bedrohungen funktioniert nur mit effektiv arbeitenden Behörden wie dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Bundesnetzagentur (BNetzA) oder dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BBK), die durch ausreichend finanzielle Mittel, Personal und klare Kompetenzzuweisungen gestärkt werden müssen. Auch die Spionageabwehr muss neu aufgestellt und gestärkt werden.

(6) Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

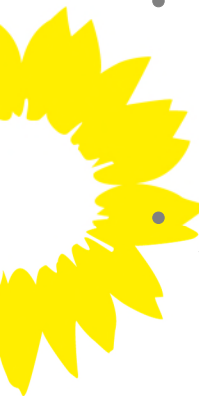
Unsere Antwort auf die wechselnden Allianzen muss der Aufbau eines größeren Netzwerks von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sein. Multilateralismus muss noch mehr als Netzwerk von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, wie zivilgesellschaftlichen Akteuren gedacht werden, welche den Erhalt einer regelbasierten Ordnung als Ziel haben. Dafür soll die Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Partnern die Finanzierung und Aufwertung solcher Partnerschaften fokussieren.

(7) Unabhängig werden

Um nicht erpressbar zu sein und unsere Position der Stärke zu festigen, müssen wir gezielt Abhängigkeiten reduzieren von Staaten, die einst (Handels)Partner waren. Besonderes Augenmerk hinsichtlich unserer Unabhängigkeit ist erforderlich bei der kritischen Infrastruktur, der Digitalisierung, der Energieversorgung und der militärischen Stärke. Russland hat uns unsere Abhängigkeit von Öl und Gas vor Augen geführt, solche Fehler sollten wir in Bezug auf andere nicht wiederholen. Wir müssen auch bereit sein, Abhängigkeiten anderer gezielt für den Schutz unserer Interessen zu nutzen, wenn wir bedroht, erpresst oder ausgenutzt werden. Insbesondere der Zugang zum europäischen Markt stellt hier eine relevante Machtressource dar.

(a) Energieunabhängigkeit erhöhen

- Es braucht endlich einen vollständigen und lückenlosen Importstopp für Öl, Gas und andere Rohstoffe aus Putins Russland. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit dem Kauf von russischem Uran, Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse spülen. Dazu gehört auch ein entschlossenes Vorgehen gegen die russische Tanker-Schattenflotte.
- Der europäische Green Deal mit all seinen Komponenten – vom Verbrenner-Aus bis zum vom CO2-Preis gespeisten Klimasozialfonds – bietet nicht nur den Weg zur





Klimaneutralität, sondern ist gleichzeitig auch der Weg zur Unabhängigkeit von fossilen Importen und Schlüssel im globalen Wettbewerb. Auch das Gebäudeenergiegesetz dient der europäischen Souveränität. Im Handelsstreit mit den USA wurde bereits klar, dass mit der Pflichtabnahme von amerikanischem Flüssiggas die europäischen Länder in der fossilen Zange gehalten werden sollen. Diese Abhängigkeit wird immer offensichtlicher zur Bedrohung. Der Wunsch von amerikanischen und russischen Lobbyist*innen, die Gaspipelines Nord Stream I und II wieder in Betrieb zu nehmen, darf deshalb niemals Realität werden.

- Versorgungssicherheit und Stabilität der Energieversorgung in der EU wird bereits jetzt immer mehr durch Erneuerbare Energien sowie durch effizienten und flexiblen Energieeinsatz gewährleistet. Die Resilienz dieses Energiesystems muss jedoch durch den strategischen Aufbau eigener Erzeugungskapazitäten für Schlüsseltechnologien der Klimaneutralität gesichert werden. Windanlagen und Wärmepumpen „made in Europe“ und deutsche Batterietechnologien sind kein nice-to-have, sondern eine strategische Notwendigkeit für das sich abzeichnende Jahrhundert der Unsicherheiten.

(b) Wirtschaftliche und technologische Souveränität stärken

- Es braucht eine aktive Industriepolitik, die gezielt künftige Stärken aufbaut, die Erforschung und Produktion von Zukunftstechnologien fördert und unsere Volkswirtschaft resilienter macht. Investitionen in die Produktion von Zukunftstechnologien (z.B. Halbleiterproduktion, Biotechnologie, Quantencomputing) müssen entlang der gesamten Wertschöpfungskette priorisiert und ausgebaut werden. Zudem ist für einen dynamischen Innovationsstandort eine Stärkung des EU-Binnenmarkts sowie die dringend notwendige Vertiefung der europäischen Kapitalmarktunion unabdingbar.
- Eine Kartierung der eigenen Abhängigkeiten und der Abhängigkeit anderer Akteure von europäischer Wertschöpfung muss Grundlage aller Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Souveränität sein. Dann eröffnet der Wettbewerb zwischen den USA und China Deutschland und Europa neue Wege, die eigene Souveränität zu stärken.
- Um unfairer Wettbewerb zu begegnen, hat die EU einen sinnvollen Instrumentenkasten entwickelt, der fairen Wettbewerb im Binnenmarkt sicherstellen kann. Dessen Anwendung muss zwischen den Mitgliedstaaten weiter harmonisiert und gestärkt werden und die EU-Kommission bei Antidumpingverfahren und Antisubventionsverfahren unterstützt werden.
- Die Bundesregierung muss gemeinsam mit der EU die Rohstoffsouveränität vor dem Hintergrund zunehmenden ökonomischen Drucks vorantreiben, indem sie alternative Rohstoffquellen und -märkte (insbesondere für kritische Materialien aus dem europäischen Rohstoffgesetz (CRMA) durch Recycling und Partnerschaften erschließt, vor allem mit Ländern des Globalen Südens. Ziel ist es, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Der Rohstofffonds muss zwingend aufgestockt und im Lichte der geoökonomischen Herausforderungen weiterentwickelt werden. Zentrale Antwort auf den neuen Kampf um Rohstoffe ist, die Kreislaufwirtschaft in Europa voranzutreiben. Europa darf nicht mehr zulassen, dass Rohstoffe gezielt aus Europa herausgekauft





werden, alles muss recycled und wiederverwendet werden. Das ist wirtschaftlich sinnvoll, gut für die Umwelt und macht Europa unabhängig und stark.

(c) Digitale Souveränität stärken

- Die zwischenzeitliche Abschaltung des Zugangs zu den Microsoft-Mailkonten des Internationalen Strafgerichtshofs hat gezeigt, was bei digitaler Abhängigkeit droht. Das ist nur ein Beispiel, es gibt viele weitere Einschüchterungsversuche. Öffentliche Verwaltungen, Behörden und Institutionen auf allen staatlichen Ebenen müssen ihre Abhängigkeit von digitalen Diensten, die dem weitreichenden Einfluss ausländischer Regierungen unterliegen, gezielt abbauen. Dafür muss eine souveräne, offene und interoperable Cloud- und Dateninfrastruktur in Europa ausgebaut, der Einsatz von Open Source Software priorisiert und europäische Initiativen wie EuroStack vorangetrieben werden. Auch beim wachsenden Einsatz von künstlicher Intelligenz muss die europäische Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Gerade bei staatlichen Aufgaben im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit muss vorrangig auf Eigenentwicklung und Produkte deutscher und/oder europäischer Anbieter gesetzt werden. Software dubioser Anbieter wie Palantir einzukaufen, ist der völlig falsche Weg und schwächt digitale Souveränität massiv.
- Die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene endlich und konsequent für die vollständige und wirksame Umsetzung bestehender europäischer Digitalgesetze einsetzen und sicherstellen, dass deren Schutzstandards nicht durch politischen oder wirtschaftlichen Druck großer Technologiekonzernen abgeschwächt werden. Dazu gehört auch, gemeinnützige soziale Netzwerke zu fördern, damit Menschen sich unabhängig von Musk, Zuckerberg und Co. ihre Meinung bilden können.
- Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass Daten von und über EU-Bürger*innen nur auf Grundlage der im europäischen und deutschen Recht dafür vorgesehenen Datenübermittlungsvorschriften an Unternehmen und Behörden, insbesondere außerhalb der EU, fließen. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass die Daten der deutschen und europäischen Nutzerinnen und Nutzer bestmöglich geschützt sind. Dies muss für Zugriffe durch Unternehmen, aber auch Regierungen gelten. Plattformen, die das nicht sicherstellen, dürfen bei uns nicht tätig sein.

(d) Kritische Infrastruktur schützen

Wir müssen EU-weit widerstandsfähiger gegen Krisen werden. Es braucht ein echtes KRITIS-Dachgesetz, mit dem wir unsere Kritische Infrastruktur auf physischer Ebene und digital schützen und ein einheitliches, hohes Schutzniveau gegen Sabotage- und IT-Angriffe schaffen. Es braucht bei Infrastrukturprojekten klare und einheitliche europäische Regeln für die Beteiligung von Drittstaaten und drittstaatlich kontrollierten Unternehmen.

